



## Plenarprotokoll

### 22. Sitzung

Donnerstag, 22. Februar 2018

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Nachrufe</b> .....	2442	<b>2 Fragestunde</b> .....	2459
<b>Waldemar Schulze, ehemaliger     Abgeordneter</b> .....	2442	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
<b>Prof. Günther Gottmann, Städtältester     von Berlin</b> .....	2442	<b>Terminvergabe in den Bürgerämtern</b> .....	2460
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches</b> .....	2442	Franziska Becker (SPD) .....	2460
<b>Anträge auf Durchführung einer     Aktuellen Stunde</b> .....	2443	Senator Andreas Geisel .....	2460
<b>1 Aktuelle Stunde</b> .....	2443	Franziska Becker (SPD) .....	2460
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senator Andreas Geisel .....	2460
<b>Demonstrationsrecht in Berlin in Gefahr!     Machen Grüne und Linke gemeinsame     Sache mit Linksextremisten?</b> .....	2443	<b>Einführung von Dokumentenprüfgeräten</b> .	2461
(auf Antrag der AfD-Fraktion)		Kurt Wansner (CDU) .....	2461
Jeannette Auricht (AfD) .....	2443	Senator Andreas Geisel .....	2461
Sven Kohlmeier (SPD) .....	2444	Kurt Wansner (CDU) .....	2461
Burkard Dregger (CDU) .....	2447	Senator Andreas Geisel .....	2462
Anne Helm (LINKE) .....	2448	Kurt Wansner (CDU) .....	2462
Holger Krestel (FDP) .....	2450	Senator Andreas Geisel .....	2462
Benedikt Lux (GRÜNE) .....	2452	<b>Rechtsradikale Anschlagsserie in Neukölln</b> .....	2463
Christian Buchholz (AfD) .....	2454	Anne Helm (LINKE) .....	2463
Benedikt Lux (GRÜNE) .....	2454	Senator Andreas Geisel .....	2463
Andreas Wild (fraktionslos) .....	2455	Anne Helm (LINKE) .....	2463
Karsten Woldeit (AfD) .....	2456	Senator Andreas Geisel .....	2464
Benedikt Lux (GRÜNE) .....	2457	Holger Krestel (FDP) .....	2464
Karsten Woldeit (AfD) .....	2457	Senator Andreas Geisel .....	2464
Sven Kohlmeier (SPD) .....	2457	<b>Sicherheitslage am Kottbusser Tor</b> .....	2464
Karsten Woldeit (AfD) .....	2457	Dr. Turgut Altug (GRÜNE) .....	2464
Senator Andreas Geisel .....	2458	Senator Andreas Geisel .....	2464
		Dr. Turgut Altug (GRÜNE) .....	2465
		Senator Andreas Geisel .....	2465
		Kurt Wansner (CDU) .....	2465
		Senator Andreas Geisel .....	2465

<b>Anzeigen nach der Behinderung der Demonstration für Frauenrechte</b> .....	2466	<b>Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge in der Berliner Verwaltung</b> .....	2472
Jessica Bießmann (AfD) .....	2466	Peter Trapp (CDU) .....	2472
Senator Andreas Geisel .....	2466	Senatorin Elke Breitenbach .....	2472
Jessica Bießmann (AfD) .....	2466	Peter Trapp (CDU) .....	2473
Senator Dr. Dirk Behrendt .....	2466	Senatorin Elke Breitenbach .....	2473
Benedikt Lux (GRÜNE) .....	2466	<b>Handreichung für pädagogische Fachkräfte der Kindertagesbetreuung</b> .....	2473
Senator Andreas Geisel .....	2467	Sebastian Walter (GRÜNE) .....	2473
<b>Kein Disziplinarverfahren gegen die Vizepolizeipräsidentin Koppers</b> .....	2467	Senatorin Sandra Scheeres .....	2473
Marcel Luthe (FDP) .....	2467	Sebastian Walter (GRÜNE) .....	2474
Senator Andreas Geisel .....	2467	Senatorin Sandra Scheeres .....	2474
Marcel Luthe (FDP) .....	2467	Emine Demirbüken-Wegner (CDU) .....	2474
Senator Andreas Geisel .....	2468	Senatorin Sandra Scheeres .....	2474
Karsten Woldeit (AfD) .....	2468	<b>3 Prioritäten</b> .....	2474
Senator Andreas Geisel .....	2468	gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
<b>Unterdeckung bei gedeckten und ungedeckten Sportanlagen</b> .....	2469	<b>3.1 Priorität der Fraktion der SPD</b> .....	2474
Stephan Standfuß (CDU) .....	2469	<b>7 Gesetz zur Anpassung des Datums der Besoldungserhöhung, zur Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, zur Verbesserung der personellen Ausstattung der Bezirksverordnetenversammlungen, zur Einführung der Lernmittelfreiheit, zur Beitragsfreiheit der Hortbetreuung in den Jahrgangsstufen 1 und 2 und zur Abschaffung der Bedarfsprüfung im Kernmodul (Haushaltsumsetzungsgesetz)</b> .	2474
Senator Andreas Geisel .....	2469	Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen	
Stephan Standfuß (CDU) .....	2469	Drucksache <a href="#">18/0795</a>	
Senator Andreas Geisel .....	2469	Erste Lesung	
<b>Personalkonzept für die Kinderklinik des Universitätsklinikums Benjamin Franklin</b> .....	2470	Torsten Schneider (SPD) .....	2475
Oliver Friederici (CDU) .....	2470	Christian Goiny (CDU) .....	2476
Regierender Bürgermeister		Steffen Zillich (LINKE) .....	2477
Michael Müller .....	2470	Christian Goiny (CDU) .....	2478
Oliver Friederici (CDU) .....	2470	Steffen Zillich (LINKE) .....	2478
Regierender Bürgermeister		Thorsten Weiß (AfD) .....	2478
Michael Müller .....	2470	Anja Schillhaneck (GRÜNE) .....	2479
Michael Müller .....	2470	Florian Swyter (FDP) .....	2480
<b>Klage der Siemens AG gegen die BVG</b> .....	2470	Ergebnis .....	2481
Thorsten Weiß (AfD) .....	2470	<b>3.2 Priorität der Fraktion der CDU</b> .....	2481
Staatssekretär Henner Bunde .....	2470	<b>45 Abschiebungshaft zur Durchsetzung der Ausreisepflicht und zum Schutze der Bürger vor Straftätern statt rot-rot-grüne Realitätsverweigerung</b> .....	2481
Thorsten Weiß (AfD) .....	2470	Antrag der Fraktion der CDU	
Staatssekretär Henner Bunde .....	2471	Drucksache <a href="#">18/0829</a>	
Daniel Buchholz (SPD) .....	2471		
Staatssekretär Henner Bunde .....	2471		
<b>Befristete Verträge für Rettungssanitäter</b> .	2471		
Burkard Dregger (CDU) .....	2471		
Senator Andreas Geisel .....	2471		
Burkard Dregger (CDU) .....	2471		
Senator Andreas Geisel .....	2471		
<b>Vorkaufsrecht für die Klosterstraße 71</b> .....	2471		
Florian Swyter (FDP) .....	2471		
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen .....	2471		
Florian Swyter (FDP) .....	2472		
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen .....	2472		
Christian Gräff (CDU) .....	2472		
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen .....	2472		

**(Vizepräsidentin Cornelia Seibeld)**

**Bedarfsprüfung im Kernmodul  
(Haushaltsumsetzungsgesetz)**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen  
Drucksache [18/0795](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung. In der Beratung beginnt die SPD und hier der Kollege Schneider. – Bitte sehr!

**Torsten Schneider (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich nehme die Gelegenheit von hier aus wahr, meinen Unmut zum Ausdruck zu bringen, dass wir heute in der Aktuellen Stunde vom Vorsitzenden des Rechtsausschusses ohne die Zusetzung „mutmaßlich“ oder sonst was die Bezeichnung von Straftaten zur Kenntnis genommen haben. Und die Vergabe von Schulzensuren an Kollegen – das fand ich völlig inakzeptabel.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

Jetzt zur Sache!

Wir haben heute viel gehört, was die AfD hier so vorträgt und zum Weltfrieden beizutragen gedenkt. Die Koalition hat sich verabredet und zeigt Ihnen das heute plausibel. Wir ändern konkret und verbessern die Lebensumstände der Berlinerinnen und Berliner. Das ist unsere Leitlinie.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN –

Frank-Christian Hansel (AfD): Das ist  
die Aufgabe eines Senats!]

– Was für ein Problem haben Sie mit dem Senat? Diskutieren Sie das mit dem Senat!

[Frank-Christian Hansel (AfD): Das ist  
Ihre Aufgabe!]

Wir haben im Haushaltsgesetz verabredet, politische Schwerpunkte zu setzen in folgenden Bereichen:

Erstens: die Qualitätsverbesserung in der Schule. Hohe Millionenbeträge wurden da zur Verfügung gestellt, auch im Kitabereich.

Zweitens: Wir haben Ihnen eine massive Familienentlastung vorgeschlagen, gegen Ihre Stimmen auch durchgesetzt. Ich rede da vom Wegfall der Bedarfsprüfung im Hort, ich rede von der Abschaffung der Hortgebühren für die Klassenstufen 1 und 2.

Ich rede aber auch von der Verbesserung der Situation für unsere Beamtinnen und Beamten. Wir schlagen Ihnen heute folgende gesetzgeberische Maßnahmen vor: Erstens die Kostendämpfungspauschale der Beamten. Dafür werden nicht nur die Haushaltsmittel bereitgestellt, sondern sie wird – und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2018 –

abgeschafft. Dazu ist eine Gesetzesänderung notwendig. Ich bin mal gespannt, wie Sie sich dazu verhalten. Mein Dank gilt hier der Senatsfinanzverwaltung, die das im Vorgriff auf die zu erwartende Gesetzesnovelle so bereits durch Allgemeinverfügung lebt. – Das ist ein großer Erfolg.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

Zweitens: Ich füge gleich vorweg hinzu: Die Koalition ist fest verabredet, an ihrem politischen Fahrplan zur Angleichung der Gehälter im öffentlichen Dienst festzuhalten. Und wir werden das evaluieren, ständig. Nun schlagen wir Ihnen zunächst vor, die Besoldungsanpassung um zwei Monate nach vorne zu ziehen. Sollten wir feststellen, dass unser politisch formuliertes Ziel des Angleichungspfadens weitere Maßnahmen erforderlich macht, werden wir diese auch unterzyklisch oder bei der nächsten Haushaltsberatung umsetzen. Da sind wir fest verabredet. – Ein großer Erfolg für unsere Beamtinnen und Beamten!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

Drittens: Wir stärken die kommunale Demokratie in den Bezirksverordnetenversammlungen, indem wir dort – und zwar nach dem Vorbild der Mitarbeiter für die Abgeordneten – Personalmittel erhöhen. Wir werden da sehen, ob das von uns vorgeschlagene Verfahren in der Fachberatung das richtige ist oder ob man das ändern muss. Jedenfalls reden wir da über Personalmittel in Höhe von ca. 5 000 Euro Arbeitgeberbrutto. Dazu schlagen wir Ihnen heute die erforderliche Gesetzesveränderung vor. Ich habe noch nie von irgendeiner BVV-Fraktion gehört, dass sie das nicht gut findet. – Großer Erfolg dieser Koalition!

[Beifall bei der SPD und der LINKEN  
Beifall von Andreas Otto (GRÜNE) –  
Zurufe von der FDP]

Viertens: Wir ergreifen heute Initiative – und da hören Sie mal genau zu! –, während Sie so viel fabulieren, und da erleben wir ein In-die-Büsche-Schlagen der CDU-Fraktion mit ihrem Antrag zu einer Senatsbroschüre, über die Sie jetzt auf einmal gar nicht mehr reden wollen. Da werden wir Sie aber stellen, Herr Graf!

[Heiko Melzer (CDU): Hui!]

Sie haben sich da medial geäußert. Das wird nach unserer Auffassung eine parlamentarische Befassung erforderlich machen. Sie können das nicht nach 19.30 Uhr unter „ferner liefern“ mit einer Sofortabstimmung wegdrücken. Das machen wir nicht mit.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

Wir werden für die Bedarfsprüfung nicht nur im Haushalt die erforderlichen Mittel bereitstellen, sondern wir werden die Bedarfsprüfung tatsächlich einstellen. Sie wird nicht mehr stattfinden. Das ist eine Stärkung für alle

**(Torsten Schneider)**

Menschen, die bisher von der Hortnutzung ausgeschlossen sind, weil sie z. B. Transfergeldempfänger sind. Das finden wir politisch falsch.

[Beifall bei der LINKEN –  
Beifall von Sibylle Meister (FDP)  
und Paul Fresdorf (FDP)]

Und wir werden auch die Hortgebühren schrittweise abschaffen. Das ist ein Riesenerfolg. Wir sind da aber bei unserem Pfad der Vernunft und Vorsicht geblieben. Wir wollen das nämlich evaluieren. Wir wollen die Effekte in den Horten messen und dann politisch erneut bewerten, ob wir auf diesem Weg fortschreiten.

Die Botschaft des heutigen Tages ist: Diese Koalition macht Nägel mit Köpfen, und zwar für Gesetze, die erst mit Wirkung von August 2019 überhaupt in Rede stehen. Hier ist konkretes Handeln. Alles, was erforderlich ist, die Haushaltsbeschlüsse, die politischen Beschlüsse durch Gesetzesnovellen umzusetzen, wird heute geliefert, und ich bin sehr gespannt, ob Sie sich hier auch konstruktiv verhalten können und nicht nur – wie ich es eingangs schon kritisiert habe – auffällig werden durch ein erstaunliches Missverständnis der Gewaltenteilung. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

**Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:**

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Goiny das Wort. – Bitte sehr!

**Christian Goiny (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schneider! Es ist in der Tat so, dass in diesem Haushaltsumsetzungsgesetz einiges einfach Technik ist, Folge aus den Parlamentsbeschlüssen zum Doppelhaushalt, das ist richtig. Es sind auch gute Sachen dabei im Bereich der Lernmittelfreiheit, und die bildungspolitischen Dinge, die Sie gemacht haben, klingen jedenfalls erst mal gut. Die Frage ist, wie sie umgesetzt werden. Da weiß man bei der Bildungsverwaltung nie, ob das, was Sie politisch wollen, tatsächlich auch so ankommt. Da haben wir so unsere Erfahrung. Das gucken wir uns mal an. Das ist im Prinzip okay. Auch die Besserausstattung der BVV-Fraktionen finden wir durchaus vernünftig. Insofern sind da Dinge dabei, die Sie hier mit großem Tamtam abfeiern, deren Wirkung wir uns noch mal angucken wollen, die aber erst mal unstrittig sind, würde ich mal sagen.

Was aber erstaunt –und darauf will ich doch einen Satz mehr verwenden –, ist das, was Sie uns hier im Haushaltsumsetzungsgesetz zum Thema Beamtenbesoldung auf den Tisch legen. Dass man die Kostendämpfungspauschale abschafft – richtig, haben wir in der Vergangenheit

auch gefordert. Da haben Sie auch unsere Unterstützung, das ist in Ordnung.

Wie Sie allerdings darauf kommen, bei der Beamtenbesoldung jetzt zwei Monate vorzugehen – entweder haben Sie sich da gemeinsam vor einem Glücksrad getroffen, und dann blieb bei „zwei Monate vorziehen“ das Rad stehen, oder Sie haben sich einen anderen politischen Kompromiss ausgeheckt. Sachlich begründbar ist das jedenfalls nicht.

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

Es ist damals dieser Zeitpunkt entstanden, weil wir aus der Tarifgemeinschaft der Länder rausgefallen sind und dann die Beamtenbesoldung immer zum August gemacht haben. Wir sind jetzt wieder in der TdL. Warum machen Sie die Besoldungsanpassung für die Beamtinnen und Beamten nicht zum gleichen Zeitpunkt, zu dem alle anderen Bediensteten im öffentlichen Dienst diese Anpassungen, diese Tarifsteigerungen bekommen?

[Steffen Zillich (LINKE): Sie meinen in  
den anderen Bundesländern?]

Das ist der Januar. Das wäre der richtige Termin. Sie können überhaupt nicht sachlich begründen, warum Sie das machen. Und wenn der Flurfunk recht hat und Sie intern weiter darüber feilschen, ob Sie es demnächst vielleicht noch einmal um zwei Monate vorziehen wollen, dann wird deutlich, dass Ihre Argumentation an der Stelle gar nicht trägt. Hier werden aus Sicht der CDU-Fraktion die Beamtinnen und Beamten im Land Berlin von Ihnen ein weiteres Mal verschaukelt.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –  
Beifall von Florian Swyter (FDP)]

Sie kommen auch ansonsten mit dem Thema nicht voran. Wir hatten gestern im Ausschuss Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien die Gelegenheit, mit dem Land Brandenburg noch einmal darüber zu diskutieren. Ihr Anpassungspfad, bis zum Ende der Wahlperiode den Schnitt der Landesbesoldung zu erreichen, bedeute am Ende dieser Wahlperiode auch, dass wir in der Besoldung der Berliner Beamtinnen und Beamten weiter hinter dem Bund sein werden und auch Brandenburg vor uns sein wird, denn das ist das erklärte politische Ziel der Brandenburger Landesregierung. Das heißt, die strategische Problemstellung, in der wir uns als Land Berlin sehen, nämlich die Konkurrenz zum Bund und zu Brandenburg, werden Sie mit Ihrem Besoldungsanpassungspfad an keiner Stelle beseitigen. Damit lösen Sie das Problem nicht. Der Weggang der Berliner Beamtinnen und Beamten in Richtung Bund und Brandenburg wird anhalten. Sie lösen das Problem der Nachwuchsgewinnung nicht, und damit haben Sie sich hier für eine völlig ungeeignete Maßnahme entschieden. Das, was Sie jetzt mit dem Besoldungsanpassungsgesetz planen, rundet das Bild des ungenügenden Verhaltes, was die Besoldung der Beamtinnen und Beamten betrifft, nur ab. Insofern kann ich nur dringend an Sie appellieren, einen nachhaltigen Beitrag